

Danziger Volksstimme

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 6.— Mk., vierteljährlich 18.— Mk.
Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720

Abbestellungspreis: Die Spandhaus Zeile 1,30 Mk., 600 Exemplare 2,40 Mk., Korbmarkt u. Bohrergraben nach bei Tarif, die Spandhaus Zeile 1,30 Mk., 600 Exemplare 2,40 Mk. Bei Wiederholung Nachnahme bis früh 9 Uhr. — Postfachkonto Danzig 224. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Nr. 249

Dienstag, den 25. Oktober 1921

12. Jahrgang

Karls Ende.

Zusammenbruch seines Handreichs.

Schneller als man dachte, hat das neue Abenteuer Karls sein Ende gefunden. Während anfänglich die Sache für den hartnäckigen Exkönig nicht ungünstig zu stehen schien — zumal er sich auch des stillen Einverständnisses Frankreichs erfreuen sollte —, hat die Budapestler Regierung in dem Treffen vor den Toren Budapests die Oberhand gewonnen und ist es ihren Truppen sogar geglückt, Karl nebst seiner Gattin Jitka gefangen zu nehmen.

Bereits am Sonntagabend hatten die Auführer das Kommando der Nationalarmee um Entsendung zweier Delegierten zur Umbahnung von Waffenstillstandsverhandlungen ersucht. Die Verhandlungen begannen Montag früh 8 Uhr. Die Regierungsdelegierten stellten die Bedingungen mit, von deren Erfüllung die ungarische Regierung den Waffenstillstand abhängig machte. Die Delegierten des Exkönigs, der ehemalige Minister Dr. Gustav Grag und Oberst Dozzenburg übernahmen die Bedingungen zur Weiterbeförderung und stellten die schnellste Antwort in Aussicht.

Die Bedingungen der Regierung, die in sieben Punkten formuliert waren, lauteten folgendermaßen: 1. Bedingungslose Waffenstreckung. 2. Die militärischen Ratgeber des Königs sind vor das Kriegsgericht zu stellen. 3. Die Mannschaften werden entwaffnet und amnestiert. 4. Endgültige Abdankung des Königs. 5. Der König bleibt in Ungarn interniert, bis die Frage seines Abtransportes geregelt sein wird. 6. Der definitive Aufenthaltsort sowie die Modalitäten der Abreise werden von den Grobmächten bestimmt. 7. Die politischen Ratgeber des Königs werden vor das Kriegsgericht gestellt.

Die militärische Aktion der Nationaltruppen wurde fortgesetzt und führte zu einem panikartigen Rückzuge der Königstruppen, die zahlreiche Gefangene zurückließen. Der Exkönig samt seinem Gefolge und die Truppen bestiegen in Eile bereitgehaltene Züge und fuhren in der Richtung auf Komorn ab.

Nach einem neuerlichen Gefecht wurden die Auführer zerstreut. Ihre Führer flüchteten und überließen die Sorge für die Sicherheit der Person des Exkönigs den Regierungstruppen. Karl und Jitka wurden unter den höflichsten Formen der Obhut des Obersten Simensatol der Nationalarmee anvertraut. Sie befinden sich zurzeit unter Bewachung auf Schloß Totts (Tata).

Gegenwärtig finden in Budapest Beratungen zwischen der Regierung und Vertretern der Entente statt, zu denen auch diplomatische Vertreter der Neuen Entente geladen wurden, die sich mit dem Schicksal des früheren Kaisers befassen. Wie die Schweizerische Depesch-Agentur meldet, hat der Bundesrat einstimmig das Verhalten und den Wortbruch des Exkaisers Karl verurteilt. An eine Rückkehr in die Schweiz könne nicht mehr gedacht werden.

Prag, 24. Okt. (WTB.) In der heutigen Sitzung des Außen Ausschusses des Abgeordnetenhauses legte Ministerpräsident Dr. Benesch den Standpunkt der tschecho-slowakischen Regierung zu den Ereignissen in Ungarn dar. Er erklärte u. a.: Solche Dinge dürfen sich nicht wiederholen. Wir sind diplomatisch und militärisch gerüstet, der Gefahr, die unserm Staate und ganz Europa droht, begegnen zu können. Wir wollen, daß die Habsburger Frage endgültig gelöst, der Friedensvertrag zur Geltung gebracht, insbesondere die Entwaffnung Ungarns vollzogen wird. Die ungarische Regierung trägt die Schuld daran, daß Karl mit der verworrenen Lage im Burgenland rechnend und infolgedessen zurückkehrend den Frieden in Mitteleuropa stören konnte.

Sozialistische republikanische Einheitsfront in Europa.

„Vorwärts“ und „Freiheit“ veröffentlichen eine Erklärung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutsch-Oesterreichs, der tschecho-slowakischen Arbeiterpartei und der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschecho-slowaki-

schen Republik. In dieser Erklärung verpflichten sich die genannten Parteien zur Aufrechterhaltung und Sicherheit der republikanischen Staatsform mit allen parlamentarischen und außerparlamentarischen Mitteln. Die Parteileitungen sollten zu einverständlicher Abwehr der Wiederaufrichtung der Dynastien mit einander in ständiger Fühlung bleiben. Die Erklärung fordert die Sozialistpartei Englands, Frankreichs, Belgiens und Italiens zur Solidarität auf.

Die Verhandlungen zur Regierungsbildung.

Berlin, 24. Okt. (WTB.) Der Reichspräsident hatte heute nachmittag eine gemeinsame Besprechung mit den Führern der Fraktionen der Sozialdemokraten, des Zentrums, der Demokraten und der Volkspartei über die Frage der Bildung einer Koalition dieser Parteien. In den mehrstündigen Verhandlungen ergab sich in der obersten Frage die Aussicht einer Verständigung, während in Sachen der inneren Politik noch Schwierigkeiten bestehen. Die Fraktionsvorsitzenden erklärten, über das Ergebnis dieser Besprechungen zunächst mit ihren Fraktionen verhandeln zu müssen. Die Besprechungen beim Reichspräsidenten werden morgen fortgesetzt werden. Ein Ergebnis ist erst im Laufe des morgigen Tages zu erwarten.

Berlin, 25. Okt. Ueber die gestrige Besprechung des interfraktionellen Ausschusses beim Reichspräsidenten weiß die „Post. Ztg.“ mitzuteilen, daß von den Parteien vorläufig eine formulierte Erklärung vereinbart worden sei, die die Rechtsverwahrung Deutschlands gegen die ungerechte und willkürliche Entscheidung über Oberschlesien in der schärfsten Form zum Ausdruck bringt, aber die Entsendung eines Kommissars zu den Wirtschaftsverhandlungen mit Polen zuläßt. Diese Formel sollte heute den Fraktionen unterbreitet werden. Bei der Erörterung eines gemeinsamen innerpolitischen Regierungsprogramms hätten sich erhebliche Gegenstände nur in der Steuerfrage ergeben, über eine mittlere Linie habe man sich nicht einigen können. Man sei über eingetroffen, die Forderungen der einzelnen Parteien den Fraktionen zur Kenntnis zu bringen und ihnen die Entscheidung zu überlassen. Aus der Tatsache, daß bei dem Reichspräsidenten Reichszugler Dr. Wirth gemeinsam mit den sozialdemokratischen Vertretern zu einer internen Aussprache zurückblieb, glaubt das „Lageblatt“ schließen zu dürfen, daß der Reichspräsident Dr. Wirth erneut mit der Bildung des Reichskabinetts beauftragt werde.

Wilde Haufe an der Berliner Börse.

An der gestrigen Berliner Börse wurden Dollarnoten im Hinblick auf die unklare innerpolitische Lage bei steigenden Kursen gesucht. Im Verlaufe der ersten Stunde wurde ein Kurs von etwa 173 erreicht. Am Effektenmarkt entwickelte sich eine stürmische Haufe. Bemerkenswert ist die starke Nachfrage nach Bantaktien, die im Zusammenhang mit verschiedenen Fusionsgerüchten steht. Deutsche Bont gewannen rund 100 Prozent. Die Spekulation bekundet neuerdings auch stärkeres Interesse für die Aktien der in der gemischten Zone liegenden ober-schlesischen Werke. Man spricht von großen ausländischen Käufen. So sollen sich die Italiener für Rottwitzer Bergbauaktien interessieren.

Amerika und die Krise.

London, 24. Okt. Einer Washingtoner Meldung zufolge hofft man in amerikanischen Regierungskreisen, daß Reichszugler Wirth wieder die Führung der deutschen Regierung übernimmt. Man bedauert den Rücktritt, da Wirth als aufrichtiger fähiger Politiker angesehen wird, der bestrebt sei, dem Argwohn und Mißtrauen der Welt gegen Deutschland ein Ende zu machen.

Paris, 25. Okt. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Washington hat das Staatsdepartement gestern erklärt, daß es an den Vorgängen in Ungarn nicht interessiert war.

Lord George gegen die bolschewistische Propaganda.

London, 24. Okt. Lord George teilte im Unterhause mit, daß die alliierten Regierungen sich der Wiedereinführung eines Mitgliedes der Dynastie Habsburg nach wie vor

energisch widersetzen. Die ungarische Regierung habe mitgeteilt, daß sie dem Wunsche der alliierten Regierungen nachkommend die nötigen Schritte getan habe, um die Ausweisung Karls aus Ungarn sicherzustellen. Weiter erklärte Lord George, daß die britische Regierung die wirksamsten Maßnahmen gegen die bolschewistische Werbetätigkeit in England und im Osten ergreife. Eine sehr energische Mitteilung sei in diesem Zusammenhang an die Sowjetregierung ergangen.

Polen und die ober-schlesische Entscheidung.

Paris, 25. Okt. Nach einer Bittermeldung aus Warschau ist der jetzige polnische Generalkommissar in Danzig, Blucinski, der ehemalige Staatssekretär im Ministerium des Innern, zum Vertreter Polens bei den wirtschaftlichen Verhandlungen über Oberschlesien bestimmt worden. Die polnische Regierung hat die Beschlüsse von Gers über Oberschlesien angenommen.

Schwere Sturmtage.

Meldungen aus Kiel zufolge hat der Sturm an der Ostküste und auf See großen Schaden angerichtet. Zahlreiche Fischerboote sind gesunken. Bei Gabelsack kenterte der Schleppdampfer „Claudine“, wobei ein Mann ertrank. In Stettin wurden Tausende von Hochziegen heruntergeworfen, so daß manche Straßen abgesperrt werden mußten. In der Nähe von Oberschöneweide bei Berlin kenterten auf der Spree infolge des Sturmes zwei Ruderboote. Von den 11 Insassen konnten nur 9 gerettet werden.

Wie aus Amsterdam gemeldet wird, kommen von den ganzen holländischen Küste Nachrichten von Schiffbrüchen und Strandungen während des heftigen Sturmes der letzten zwei Tage. Insgesamt sind 20 Schiffbrüche gemeldet worden. Zwei Motorrettungsboote, die zur Hilfeleistung ausgesahren waren, sind gekentert; ein Teil der Besatzung ist ertrunken.

Auch in Hamburg, im Gebiet der Unterelbe und der Nordsee herrscht seit Sonntag orkanartiger Sturm, der zur Folge hatte, daß bereits um die Mittagszeit die Elbe sehr hohen Wasserstand aufwies und seit 3 Uhr nachmittags die Hochwasserwarmschiffe über die Stadt donnerten. Man den Vorsehen, sowie in den tiefer gelegenen Stadtteilen drang die Flut bis über die Straßen, zahllose Kellerräume in Speichern, Lagerräume, Werkstätten, Wohnungen wurden überflutet, die Warenvorräte vielfach stark beschädigt. Die Reis sind fast an der ganzen Elbe entlang besonders auch in Altona, weithin überschwemmt. Schaufenster wurden eingedrückt, Schornsteine stürzten herab, Dächer wurden abgedeckt oder ganz zerstört, Dachrinnen abgerissen, Giebelwände eingedrückt und große Bäume ausgerissen. Von der Elbmündung ist ein noch unbekannter großer Dampfer auf Grund geraten und anscheinend schon vollgelaufen. Die Stärke des Sturmes, der abends von West nach Nordwest drehte, beträgt etwa 12 Sekundenmeter.

Der Wanderchau des Zirkus Stosch-Sarrasani in Blauen wurde am Sonntag vormittag das Zeltdach des Zirkusraumes durch eine Windhose von oben bis unten aufgeschüttelt. Nur der stabile Bauart der ganzen Anlage ist es zu verdanken, daß kein vollkommener Einsturz erfolgte. Der Zirkusbetrieb mußte sofort abgebrochen werden. Dreihundert Angestellte verließen durch die Katastrophe vorläufig ihre Tätigkeit. In Wittenberge wurden durch den Sturm Zelt und Podium des Zirkus Wilhelm Hagenbed zerstört.

Deutsches Soldatenfriedhof bei Sennheim. Ungefähr 10 Minuten vom Bahnhof in Sennheim (Oberelb.) haben die Franzosen in der letzten Zeit einen Friedhof angelegt, auf dem die deutschen Gefallenen aus der ganzen Umgebung beigesetzt wurden. Bekanntlich haben bei Steinbach, Hirscholz, Walmthal, Niederbarnhau und anderen Orten mehrfach erhebliche Schlachten stattgefunden. Alle gefallen und bestatteten deutschen Soldaten sind nun aufgeführt und einzeln auf dem Friedhof bei Sennheim beigesetzt worden. Der Friedhof ist ein schmuckloser mit Einzelgräbern umgebener Platz; ein Kreuz steht neben dem andern, alle Kreuze sind schwarz angestrichen, auf jedem Kreuz steht keine weiße Inschrift. An jedem Kreuz steht der Name des Gefallenen oder „Inconnu“. Von weitem sieht das ganz aus wie ein schwarzer Sattenzamt.

Unternehmer-Wütke. Gestern nachmittag 2 Uhr ist der gesamte Betrieb des Bochumer Vereins für Bergbau und Gußstahlfabrikation stillgelegt worden. Als Grund zu dieser Maßnahme dient die Direktion der Streik von 82 Maurern wegen Tarifstreitigkeiten. Annähernd 12.000 Mann sind durch diesen Willkür arbeitslos.

Das erkaufte Oberschlesien.

Das ukrainische sozialdemokratische Tagblatt „Wpered“ in Dombrowa berichtet in der Nummer 188 vom 14. Oktober 1921 folgenden: Der gewählte polnische Ministerpräsident Siles hat in einer öffentlichen Versammlung in Warschau (Wojewodschaft) seine Politik in Bezug auf Oberschlesien folgendermaßen verteidigt: „Ich verneine nicht, daß mein Kabinett außerstande war, mehr zu leisten, als es gefordert hat. Drutshland Krieg zu erklären, wäre zu leicht. Denn unser Staat in gegebenen Verhältnissen einen solchen Krieg überleben hätte. Wenn ihr aber glaubt, und darauf besteht, daß die Polen in Oberschlesien so national bewußt und patriotisch gesinnt wie auch heroisch sind, wie es unsere Presse darstellt, so befehlet ihr euch im großen Irrtum, weil die Wirklichkeit ganz anders bewiesen hat. Unsere Regierung mußte in dieser Hinsicht ungläubliche Schwierigkeiten bekämpfen. Es ist so gar so weit gekommen, daß wir beim Plebiszit beinahe jede Stimme für Polen erkaufen mußten. Zu mir kamen die Delegierten aus Oberschlesien und erklärten mir offen, daß ihre Brüder nur dann für Polen stimmen werden, wenn sie dafür gut bezahlt werden. Zu diesem Zweck sind alle im Staate gesammelten wie auch von der Regierung offizierten Gelder verwendet worden. Ähnlich war es auch mit dem Kupferlande, zu welchem die Aufständischen von außerhalb der Grenzen Oberschlesiens importiert werden mußten, was mit außergewöhnlichen Schwierigkeiten und Kosten verbunden war. Aus diesem und anderen mehreren Gründen ist der Kaufstand mißlungen.“

Nach diesem Bericht ist also vom polnischen Ministerpräsidenten offen eingestanden worden, was von deutscher Seite früher schon mitgeteilt und mit Beweisen belegt worden war, daß die polnischen Stimmen in Oberschlesien zum größten Teil erkauft worden sind. Daraus folgt, daß der polnische Anteil von 40 Prozent an den Abstimmungsstellen gar nicht dem freien Willen der Bevölkerung entsprach; eine wirklich unbefangene Abstimmung vielmehr eine weit geringere polnische Stimmenzahl ergeben hätte. Um so trauriger wirkt die Ungerechtigkeit der Senatsentscheidung über Oberschlesien, die auf dieses polnische Stimmentauschgeschäft das Siegel drückt.

Lebensmittelwucher überall.

Frühjahr Kanen, der Leiter der russischen Hilfsaktion, hat in der Vorkriegszeit in Ost- und Westeuropa die Lage der Getreideversorgung der Welt folgendermaßen geschildert: „In Kanada war die Ernte in diesem Jahre so gut, daß dieses Land dreimal so viel ausführen vermag, als zur Aufhebung der russischen Hungersnot erforderlich wäre. In den Vereinigten Staaten verkauft der Weizen in den Bagern der Farmer, da sie den Uberschuß nicht verkaufen können. In Argentinien ist Weizen in einer Menge vorhanden, daß er als Heizmaterial für Lokomotiven verwendet wird. Es sind unzählige Schiffe außer Verkehr gesetzt, wir haben keine Frachten für Weizen. In Indien verhungern im Osten 30 Millionen Menschen.“

Während also in Amerika ein reichlicher Uberschuß vorhanden ist und in Rußland Millionen Hungers sterben müssen, liegt die Getreideversorgung auch in den europäischen Ländern auf Schwierigkeiten. Die Preise der Lebensmittel sind überall in Europa im Steigen begriffen; der Stand der amerikanischen Kaufkraft erschwert die Lebensmittelzufuhr. Die Arbeiterchaft leidet seit Infolge der Produktionsbeschränkungen und der dadurch bedingten Arbeitslosigkeit, und unterdessen fabrikieren die Landwirte und Bauern die Lebensmittelversorgung. Laut den Berichten aus Italien ist die staatliche Getreidebewirtschaftung, welche Ende August aufgehoben wurde, völlig gescheitert; die Bauern wollten das Getreide nicht hergeben, obwohl der staatliche Kaufpreis den des amerikanischen Importgetreides übersteigt. Es sind kaum 20 Prozent der beschlagnahmten Mengen eingeliefert worden. Die Bauern rechnen mit einer späteren Preissteigerung und halten das Getreide zurück. Die enormen Fleisch-, Gemüse- und Obstpreise ermächtigen ihnen das Zurückhalten der Getreidevorräte.

In Frankreich war die diesjährige Ernte eine glänzende. Trotzdem ist eine wesentliche Preisherabsetzung nicht zu erwarten. Die Kontrakte, welche die Aufhebung der staatlichen Bewirtschaftung durchsetzen, um höhere Preise zu erzielen, fordern jetzt die Hälfte des Staates, um die Preise noch höher zu treiben. Sie wankten hohe Zölle gegen die amerikanische Einfuhr, und bei dem Einstuß, den sie im Staat besitzen, wird ihnen dies sicher gelingen.

Bezüglich der Preise der Viehprodukte in der Schweiz lesen wir in der „Neuen Zürcher Zeitung“ eine lehrreiche Berechnung, nach welcher die Verzehrung der Viehprodukte gegenwärtig noch 150 Prozent über die Vorkriegszeit beträgt, während die Produktionskosten nach genauer Untersuchung um drei Fünftel um 25 Prozent, zu zwei Fünftel aber um 75 Prozent durchschnittlich also um 45 Prozent gestiegen sind. So waltet in allen Ländern der unbeschränkte Wirtschaftsegoismus der Bauern.

Abtreibung und Strafrechtsreform.

Ueber diese heute so außerordentlich wichtige Frage schreibt im neuesten Heft der „Blode“ der Berliner Rechtsanwalt Dr. Fritz Juliusberger u. a.: „Betrachten wir zunächst die Wirkung der bisherigen Strafen, so gelangen wir zu dem Ergebnis, daß sie nicht das geringste genutzt haben. Gleichwohl ist im neuen deutschen Entwurf zum Strafgesetzbuch die Abtreibungsstrafe beibehalten. Die Verfasser der neuen Bestimmung beweisen damit, daß sie dem praktischen Leben völlig fremd gegenübersehen. Geht man davon aus, daß die überwiegende Mehrzahl aller Frauen und Mädchen Geschlechtsverkehr hat, bedient man weiter, daß ein sehr großer Prozentsatz auch der verheirateten Frauen zu den regelmäßigen Kunden der Abtreiberinnen und abtreibender Wirtze gehört, und verzeiht man damit die auffällig geringe Zahl von Verurteilungen, so müßte sich schon hiernach auch ohne nähere Kenntnis der einschlägigen Verhältnisse jeder vernünftige Beurteiler sagen, daß eine solche Strafbestimmung vor allen Dingen praktisch wertlos ist. Die Idee der Strafbarkeit kommt einem die Niederkunft fürchtenden Mädchen überhaupt nicht in den Sinn. Die Furcht vor der Schande überwiegt jede andere Vorstellung derart, daß selbst die naheliegende Frage nach der Lebensgefahr für die Mutter nur selten und nur ganz nebenbei gestellt wird. Man kann sogar sagen, daß die Frauen untereinander in ihren Erzählungen keineswegs zurückhaltend sind, namentlich nichts Ehrenrühriges darin erblicken. Während ein Mädchen seine Niederkunft nach Möglichkeit und mit allen Mitteln zu verheimlichen trachtet, scheut sie sich nicht, von der erfolgreichen Abtreibung ihren Bekannten noch mit einer gewissen Beugung zu erzählen. Wer diese Dinge im

Zusammenhang erblickt, muß sich sagen, daß eine Strafbestimmung überhaupt nicht, wenn alle in Betracht kommenden Bevölkerungsklassen sie bequem und fast öffentlich ungehindert übertreten können. Die kriminalistische Erfahrung lehrt, daß eine Entdeckung dieser Tat nur auf ganz bestimmten Wegen möglich ist. Entweder es handelt sich um eine Anzeige aus Mache oder um einen Erfassungsvorfall, oder die Sache ist kühn gegangen und dadurch ruhmlos geworden.“

Nachdem der Verfasser an Hand einer Reihe von Tatsachen und juristischen Erfahrungen die Unwirksamkeit der bisherigen Strafbestimmungen über Abtreibungen nachgewiesen hat, berührt er das einzige Argument, das für die Beibehaltung der Strafe geltend gemacht werden könnte: das bevölkerungspolitische. Aber auch dieser Grund sei hinfällig. „In allen Ländern, in denen die Abtreibung nicht bestraft wird, nimmt die Bevölkerung gleichmäßig regelmäßig zu. In Deutschland hatten wir 1910 etwa 59 400 000 Bewohner; im Jahre 1919 waren es trotz der riesigen Kriegsverluste, trotz der großen Gebiets- und Menschenabtretungen und trotz der massenhaften Abtreibungen 60 800 000 Bewohner. Diese Zahlen sollten doch auch für die sogenannten „Bevölkerungspolitiker“ eine deutliche Sprache verkünden. Es ist nun einmal nicht zu ändern, daß der Strom der Zeit über diese bezopften Argumentenmacher hinwegrauscht, und es ist nicht einmal schade darum, wenn wir bedenken, wieviel Mütter vor dem Tode oder vor dauerndem Stiehmum bewahrt blieben, wenn die im wesentlichen nur der Androhung nach bestehende Strafe abgeschafft und damit eine legale Ausführung der Operation ermöglicht würde.“

Eine mißglückte „Revolution“ in Ostpreußen.

Ein Putschversuch, richtiger gesagt, eine Revolutionspielererei, bei der auch ein Menschenleben vernichtet worden ist, war vor dem Schwurgericht in Königsberg Gegenstand einer Anklage wegen Landfriedensbruchs. In Goldbach bei Wehlau und Umgebung gewann im letzten Jahre die kommunistische Partei infolge der eifrigen Tätigkeit des Arbeiters Ernst Belli aus Neu-Bärwalde eine größere Anzahl Mitglieder. Am Abend des 30. März, gegen 8 Uhr, kam, wie Belli nun als Angeklagter schilderte, aus Labiau eine unbekannte Person zu ihm und übermittelte ihm mündlich und schriftlich einen „Befehl“ zur Einführung des Bolschewismus in jener Gegend. Der Unbekannte habe die Sache der Kommunisten sehr günstig dargestellt. In Königsberg, Labiau und in der ganzen Provinz müsse es in dieser Nacht „losgehen.“ Zunächst müsse die Einwohnerwehr entwaffnet werden; auch die Sipps und die Reichswehr müsse mit ihnen mitmarschieren. — Belli nahm die Erzählung des Unbekannten ernst. Er begab sich sofort nach Goldbach, der Ortlichkeit mit dem Hauptteil seiner Mitglieder, um hier seine Leute zu dem befohlenen Unternehmen auf die Weine zu bringen. Es gelang ihm, ein Anzahl junger Leute zusammenzubringen, die teils freiwillig, teils, wie sie sagten, aus Furcht vor Erschießung die Sache mitzumachen sich bereit erklärten. Die Leute gingen nach allen Richtungen, legten Telegraphenleitungen ab und zerstörten die Leuchte. Als solchermaßen die Verbindung mit der Außenwelt abgeschnitten war, schritten sie zur Entwaffnung der Einwohnerwehr in diesem Bezirk. Als erster bekam der Besitzer Thiel in Goldbach zur nächsten Stunde den Besuch dieser Revolutionäre. Belli und Schulz an der Spitze drangen in das Haus bis zur Schlafkammer des Thiels vor, der, durch seinen Schwiegersohn aufmerksam gemacht, das Bett schon verlassen hatte. Doch kaum hatte er die Schlafkammer geöffnet, da fand auch schon ein Mann mit vorgehaltenem Revolver ihn gegenüber, der ihn aufforderte, die Hände hochzuheben. Als der in derselben Stunde schlafende Sohn seinen Vater mit einem Revolver bedroht sah, holte er aus seinem Bett gleichfalls einen Revolver hervor und gab auf den neben seinem Vater liegenden Fremden — es war Belli — einen Schuß ab, von dem dieser in einen Oberschenkel getroffen wurde. Im selben Augenblick aber machte ein zweiter Schuß, der Franz Thiel tödlich verletzte. Thiel sen. mußte darauf seine Waffen nebst Munition herausgeben. Nachdem dieses geschehen, wurde er als Gefangener mitgenommen und in demselben Hause in der Wohnung eines Arbeiters Krampmann untergebracht. Als seine „Mitschläger“ von der Verwundung ihres Führers Belli und dem Tode des jungen Thiels hörten, gaben sie die Weiterführung der Revolution auf und gin, „a auseinander.“

Was nun die Angeklagten — elf an der Zahl — anbetrifft, so handelte es sich um Leute im Alter von 20 bis 30 Jahren, die bisher unbestraft waren und denen im allgemeinen auch ein gutes Lernundzueignis ausgestellt wurde. Die meisten von ihnen waren bei dem unglückseligen Unternehmen sicherlich nur Mitläufer, die unter dem Einfluß ihres Führers Belli standen. Nach dem Spruch der Geschworenen wurden die Angeklagten je nach dem Grade ihrer Beteiligung an dem Unternehmen: Arbeiter Ernst Belli aus Neu-Bärwalde als Mordbeteiligter zu vier Jahren sechs Monaten Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust, Arbeiter Albert Schulz, bei dem die Tötung des jungen Thiels als Körperverletzung mit Todesfolge angesehen wurde, zu vier Jahren sechs Monaten Gefängnis, der Arbeiter Karl Jacobell, Fritz Albrocht, Müllergehilfe Ernst Seeger und Arbeiter Otto Tauchig zu je einem Jahre sechs Monaten Gefängnis, der Arbeiter Gustav Selles zu einem Jahre vier Monaten Gefängnis, der Meister Friedrich Krampmann und der Arbeiter Ernst Samland, ersterer zu je ein, letzterer zu acht Monaten Gefängnis, die Arbeiter Hermann Kahn und Heinrich Preißch wurden freigesprochen. Die Verurteilungen der Angeklagten, soweit ihre Verurteilung erfolgt ist, wurden als eine einheitliche Handlung beurteilt. Ueber Belli sind ihnen allen die mildernenden Umstände zugestanden worden. Von den anerkannten Strafen sind drei bis sechs Monate auf die Untersuchungshaft angerechnet worden.

Sinter den Kulissen des Invalidentanks.

„Was für die Invaliden.“

Im „Reichsbund“, dem Organ des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten usw., wird der Schicksal des Invalidentanks G. m. b. H. gezogen. Dieses Unternehmen ist nach dem Kriege 1918/19 unter dem Motto gegründet worden: „Alles für die Invaliden.“ Aber für die Invaliden ist verflucht wenig übrig geblieben. Das genannte Blatt sagt darüber: Mit der Entfernung vom Krieg und der Verminderung der Invaliden aus den Jahren 1918/19 drohte das bis dahin florierende Invalidentankgeschäft des Invalidentanks immer mehr zurückzugehen, bis im Jahre 1907 die Firma Haasenfein u. Vogler sich des Unternehmens in liebevoller Weise annahm und sich mit 520 000 Mk. bei der Gesellschaft beteiligte. Haasenfein u. Vogler hatte damit das Unternehmen vollständig in der Hand und sich durch Vertrag 70 Prozent des Reingewinns gesichert. Nach außen hin ging aber alles noch unter der Floskel für die Invaliden. Da der Invalidentank in den auf diesen Vertrag abgesehen folgenden Jahren fast

dauernd mit Unterbilanz arbeitete, mußte bei Kriegsausbruch das Kapital der Haasenfein u. Vogler A. G. als verloren gelten. Mit dem Krieg wurde indessen wieder das Interesse für die „Invaliden“, was die Möglichkeit einer neuen Geschäftskonjunktur tauchte auf. Die Propaganda für die Kriegsanleihe wurde bekanntlich immer großzügiger. Die Reichsbank hat nun den Vorschlag der für die Kriegsanleihe ausgeworfenen Propagandafirmen der Invalidentank G. m. b. H. überwiegen. Die Zeitungen, die auf diese Weise hohe Rabatte gaben, und mit ihnen die ganze Öffentlichkeit waren über der Meinung, daß die Kriegsanleihe, die auf diese Weise für das Annoncenbureau zustande kamen, den armen Opfern des Krieges zugute kommen würde.

Die Bilanz des Jahres 1916/17 weist einen Reingewinn von 548 105 Mk. auf. Die beiden Geschäftsführer, General Redz und General Wehn, erhielten ein Jahresgehalt von je 4000 Mk. So ganz nebenbei erhielt Exzellenz Redz auch noch für Provision und Tantieme die bescheidene Summe — die Mack hatte damals auch nahezu Goldwert — von 81 150 Mark. Ein weiteres Mitglied des Aufsichtsrats, General von Gahlen, bezog an Tantieme die Kleinigkeit von 25 575 Mark, und Haasenfein u. Vogler bezogen ohne jede Gegenleistung 25 575 Mark „Regiebesen“. Von dem dann noch verbleibenden Gewinn erhielt Haasenfein u. Vogler 236 441 Mark, der Invalidentank, das Wohltätigkeitsinstitut, dem Geschäft infolge seines Wohltätigkeitscharakters zugewiesen waren, nur 122 760 Mark. Die Differenz, die sich dann noch ergibt, soll für verschiedene bedenkliche Zwecke ausgegeben worden sein. Das Jahr 1917/18 war noch lukrativer. Der Reingewinn betrug in diesem Jahr 1 054 186 Mark. Davon bekam Haasenfein u. Voglers Personal eine Tantieme von 7500 Mark, das Personal des Invalidentanks eine solche von 17 500 Mark. Haasenfein u. Vogler stellten dann wiederum „Regiebesen“ in Höhe von 54 166 Mark und einen weiteren Gewinnanteil von 632 500 Mark ein. Auch die Herren Generale erhielten wieder durchschnittlich Tantiemen in Höhe von je 25 000 Mark, Exzellenz Wehn sogar neben seinem Gehalt, das er als reaktivierter Offizier bezog, für den Invalidentank, also für die Invaliden selbst, blieben von dem Millionen-gewinn ganze 202 500 Mark übrig.

Mit diesem Material werden sich die Wohlfahrtsbehörden nun energischer zu befassen haben, um den Nutznießern des eigentlich für die Notleidenden und Schicksalsbedürftigsten bestimmten Geldes das Handwerk zu legen.

Blutige Demonstration in Paris.

Die Kommunisten demonstrieren jetzt in den Westländern gegen das Todesurteil, das in Nordamerika über zwei italienische Kommunisten verhängt wurde. Im französischen Kriegshafen Brest haben sie dem nordamerikanischen Konsulat die Fenster eingeworfen; in Brüssel verhinderte das die Polizei. Freitag abend wurde in Paris eine kommunistische Versammlung im Saal Wagner veranstaltet, um die Begnadigung der beiden Arbeiter Sacco und Vanzetti von der amerikanischen Regierung zu verlangen. Einige Leute (es ist nicht klar, ob das Freunde oder Gegner der Verurteilten waren) hatten keinen Zutritt erlangt und verteilten vor der Tür Broschüren. Die Polizei wollte den Zugang zum Saal freimachen. In diesem Augenblick wurde eine Granate geschleudert. Dadurch wurden 15 Personen verwundet, darunter 12 Polizisten. Im Laufe der Zusammenkunft sind 20 Personen verhaftet worden. Nur fünf Verhaftungen wurden aufrechterhalten. Unter den Verhafteten befinden sich vier Männer und zwei Frauen, in deren Wohnungen gestern abend kommunistische Flugblätter und Broschüren beschlagnahmt wurden. Der Ministerrat hat beschlossen, alle kommunistischen Rundgebungen zu unterlagen.

Differenzen auf den Hamburger Werften. Auf den Werften in Hamburg ist es dieser Tage verschiedentlich zu kleineren Zwischenfällen und Unruhen gekommen, die in den Übergangsbestimmungen für Ostober ihre Ursachen haben. Diese Bestimmungen enthalten verschiedene Härten, so namentlich für die Arbeiter und für die getrennten Arbeiter durch die in der Lohnfestsetzung von 5,60 bis 5,80 Mark enthaltene Spanne, über die die Unternehmer frei entscheiden können. Auf der Werft von Janssen u. Schmitz haben die Arbeiter vor einigen Tagen die Arbeit eingestellt. Inzwischen ist der Betrieb bereits wieder aufgenommen. Des weiteren wurde die Arbeiterchaft der Abwackerer Hamburg-Rohhofen aus ähnlichen Differenzen heraus ausgeschlossen. Verhandlungen zur Beilegung des Konflikts sind eingeleitet worden. Wie vom Metallarbeiterverband mitgeteilt wird, können die Verstöße gegen den Tarif und die Arbeitseinstellungen nicht als Streik angesehen werden.

Der Dollar tollt. Je mehr die deutsche Mark sinkt, desto stärker macht sich der Hunger nach fremden Geldwerten bemerkbar und desto leichter wird es für die Valutaausländer, deutsche Besitztümer zu erwerben. In Berlin-Schöneberg ist eine Statistik über den Verkauf von Hausgrundstücken in der Zeit vom 1. Oktober 1918 bis zum 31. März 1921 aufgemacht worden. Sie bezieht sich auf 535 in dieser Zeit erfolgte Grundstücksverkäufe. Als Käufer traten in 134 Fällen Ausländer auf. Unter den Ausländern marschierten Schweden und die Niederlande als die valuta stärksten unter den Neutralen an der Spitze. Charakteristisch ist, daß die von den Ausländern gekauften Grundstücke im allgemeinen teurer und wohl auch wertvoller gewesen sind, als die von den Inländern gekauften. Im Durchschnitt haben die Ausländer nur wertvolle Grundstücke gekauft. Der Verkaufspreis für alle Häuser belief sich auf 214 Millionen Mark. Der Kaufpreis der an Ausländer verkauften Häuser betrug 84 Millionen Mark. Damit steht also fest, daß die Ausländer im Durchschnitt 37 Prozent mehr bezahlt haben, für die Käufer, als die Inländer. Die meisten Häuser wurden verkauft im Winterhalbjahr 1919/20, also zur Zeit des stärksten Valutatsiefstandes.

Die kommunistische Spitzpolizei in Petersburg. In der russischen Zeitung „Gemeinsame Sache“ finden wir interessante Angaben über die Petrograder Spitzpolizei (Ausserordentliche Kommission zur Bekämpfung der Konterrevolution), die die wichtigste Organisation dieser berüchtigten Institution befehligt. Die Spitzpolizei ist nicht weniger, als in 7 Abteilungen, die einem „Präsidenten“ und „Kollégium“ untergeordnet sind: 1. Abteilung der geheimen Aktion, die mit ihrer Registratur etwa 100 Beamten beschäftigt; 2. Abteilung für Konterrevolution, die sich aus einem Chef und 10 Untersuchungsrichtern zusammensetzt. Die Zahl ihrer auswärtigen Agenten beläuft sich auf etwa 200, die der Beamten des inneren Dienstes auf 75 bis 85; 3. Kommissions-Abteilung (etwa 30 Kommissare); 4. Abteilung für Spekulation (etwa 10 Beamte); 5. Informationsabteilung mit 180 Agenten; 6. Kommandantur, der angegliedert sind: eine Wirtschaftsabteilung, Telefonzentrale und Kurierdienst; Gesamtpersonal etwa 100 Beamte; 7. Allgemeine Abteilung mit 16 Beamten. Im ganzen beschäftigt also die Petrograder Spitzpolizei die Agenten ungerichtet, rund 300 Personen, wunter viele Frauen.

Die Einfuhr fremdsprachiger Zeitungen nach Polen ist nunmehr, nach einer Erklärung des polnischen Ministeriums für die auswärtigen Angelegenheiten und Botschaften gestatt.

Die Wahlen zur Allgemeinen Ortskrankenkasse in Danzig.

An die Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellten!

Am Sonntag, den 13. November

in der Zeit von 9 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags findet die Wahl des Ausschusses der Allgemeinen Ortskrankenkasse zu Danzig statt.

Es ist heiligste Pflicht aller organisierten Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellten an dieser Wahl teilzunehmen und durch Abgabe ihrer Stimme für

die Liste V. 1

dafür zu sorgen, daß die freien Gewerkschaften, welche alle Berufe umfassen und deren Spitzenorganisation der Allgemeine Gewerkschaftsbund der Freien Stadt Danzig ist, den ihnen zustehenden Einfluß auf die Zusammenfassung des Ausschusses sowie des Vorstandes der Kasse erhalten.

Die kommende Krankenkassenwahl ist durchaus nicht geringer einzuschätzen, wie die politischen Wahlen.

Je nachdem wie sie ausfallen, wird ein weiterer Ausbau in den Leistungen der Kasse in fortschrittlicher Beziehung oder im rückwärtlichen Sinne für die Kassenmitglieder in Erscheinung treten.

Deshalb muß die Liste V. 1 am 13. November den Sieg erringen.

Die Gegner werden eine gewaltige Agitation gegen die Liste V. 1 der freien Gewerkschaften entfachen. Eine um so größere Stimmzahl muß daher seitens der freien Gewerkschaften aufgebracht werden. Jeder Arbeiter, der Dienstboten zu seinen Bekannten zählt, muß dafür sorgen, daß diese am Tage der Wahl ebenfalls die Liste V. 1 wählen.

Nur diese Liste allein bietet den Kassenmitgliedern die Gewähr dafür, daß ihre Interessen und die ihrer Familien in richtiger Weise vertreten werden.

Wer ist wahlberechtigt?

Alle versicherungspflichtigen Personen beiderlei Geschlechts, die das 21. Lebensjahr vollendet haben und die Staatsangehörigkeit der Freien Stadt Danzig besitzen. Das sind alle ehemaligen Reichsangehörigen, die am 10. Januar 1920 ihren Wohnsitz in der Freien Stadt Danzig hatten. Auch die freiwilligen Mitglieder sowie die unständig Beschäftigten haben das Wahlrecht.

Die Wahlen finden nach dem Grundsatz der Verhältniswahlen statt und kommt es auf jede Stimme an.

Zu wählen sind 30 Vertreter für den Ausschuß und 30 Erbkassierer, welche die Vertretung der Beruflichen bilden.

Jedes Pflichtmitglied, das in Arbeit steht, erhält von seinem Arbeitgeber eine Wahlkarte, die aufzubewahren ist und am Tage der Wahl als Legitimation gilt. Auf dieser Karte ist auch das Wahllokal vermerkt, in dem das Mitglied zu wählen hat.

Die Betriebsvertrauensleute haben dafür zu sorgen, daß die Wahlkarten rechtzeitig vom Arbeitgeber an die Beschäftigten ausgehändigt werden.

Alle freiwilligen Kassenmitglieder sowie unständig Beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen (hierunter sollen alle Gelegenheitsarbeiter und der größte Teil der Hafenarbeiter), ferner alle Arbeitslosen, soweit sie bei der Kasse versichert sind, müssen ihre Wahlkarten vom Bureau der Kasse, Jopengasse 59, am den Tagen vom 1. November bis 12. November in der Zeit von 9 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends (Zimmer 2) selbst abholen, sonst können sie nicht wählen.

Allen Wählern wird empfohlen, am Tage der Wahl neben der Wahlkarte noch eine andere Legitimation mitzunehmen, die in Zweifelsfällen als Ausweis dienen soll.

Wir bitten unsere Mitglieder, soweit sie nicht Pflichtmitglieder der Kasse sind, im Interesse unserer Sache in der angegebenen Zeit ihre Wahlkarten abzuholen und diesen Gang nicht zu scheuen. Auch Mitglieder, die in Arbeit stehen und vom Arbeitgeber keine Wahlkarte erhalten haben, bitten wir, in der letzten Woche diese von der Kasse abzuholen.

Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellte! Steht dieser Wahl nicht gleichgültig gegenüber.

Niel steht auf dem Spiel!

Siegen die Gegner, dann werden sie die Kasse in rückwärtlichem Sinne beeinflussen. Dann wird ein wahres Triumphgeheul der Gegner der organisierten Arbeiterschaft erklingen. Das darf nicht geschehen! Dafür muß jeder freie Gewerkschaftler sorgen und wirken. Sorgt dafür, daß der 13. November ein Ehrentag für die freien Gewerkschaften wird.

Allg. Gewerkschaftsbund d. Freien Stadt Danzig.

(Freie Gewerkschaften), Hedewinsplatz 1—2, Zimmer 74.

J. A. P. K o s o w s k i.

Wann erfolgt die Schulentlassung?

Nach jedem Schulentlassungstermin herrscht bei vielen Eltern Aufregung und Unstimmung gegen die Schulleitung wegen Entlassung ihrer Kinder, deren Schulpflicht über das 14. Lebensjahr hinaus sogar verlängert wurde. Und doch ist die Schulpflicht hat vielmehr nur pflichtgemäß geordnet, was in Ordnung sein willkürlich muß. Zur Aufklärung also folgendes:

Unsere Verfassung besagt, daß der Erfüllung der Schulpflicht grundsätzlich die Volksschule mit mindestens 8 Schuljahren folgt. Die Schulpflicht umfaßt die Zeit vom vollendeten 6. bis 14. Lebensjahr. Die Aufnahme in die Schule erfolgt alljährlich zum 1. April. Alle Kinder, welche bis zum 30. Juni des 6. Lebensjahres vollendet sind, treten am 1. April in die Schule ein; alle später geborenen Kinder werden erst am 1. April des nächsten Jahres schulpflichtig. Der Altersunterschied dieser Kinder ist also gering und doch liegt der Eintritt in die Schule ein Jahr auseinander. Darüber kümmert sich niemand; aber wenn dann die Schulentlassung auf verschiedene Termine fällt, ist große Aufregung, die jeder in sich ausschaltet, daß er nur die Zahl der Schuljahre berechnen wollte.

Wenn man die Verordnung über die Schulentlassung paßlos mit der aber die Schulpflicht ließe, dann hätten wohl alle Kinder, die das 14. Lebensjahr erreicht haben, die Schule verlassen. Das soll vermieden werden, und darum haben wir eine provisorische Schulentlassung im Jahre und zwar am 31. März und am 30. September. Alle Kinder, die bis zum 30. September 14 Jahre alt werden, kommen am 31. März zur Entlassung; alle, die in der Zeit vom 1. Oktober bis 30. September geboren sind, kommen am 30. September zur Entlassung. Dadurch ist für die meisten Kinder die Schulzeit verlängert, was haben sogar nur 7 Schuljahre. Diese Verlängerung darf nicht als Schädigung werden, darum ist bei noch nicht vollendeten 14. Lebensjahre die Entlassung abhängig gemacht von einer zweijährigen Zugehörigkeit zur Oberstufe (2. und 1. Klasse).

Dennach werden am 31. März entlassen:

1. alle Kinder, die bereits 14 Jahre alt sind und
2. alle die Kinder, die bis 30. September 14 Jahre alt werden und bereits 2 Jahre der Oberstufe angehören.

Am 30. September werden entlassen:

1. alle Kinder, die bereits 14 Jahre alt sind und
2. alle Kinder, die bis 31. März 14 Jahre alt werden und bereits 2 Jahre der Oberstufe angehören. (2 Jahre 2. Klasse oder 1 Jahr 2. und 1 Jahr 1. Klasse ist gleich).

Soll ein Kind über das vollendete 14. Lebensjahr hinaus die Schule besuchen, so muß der Schulleiter für dieses Kind durch besondere Verfügung die Schulpflicht verlängern und davon den Vater oder den sonst Erziehungsberechtigten in Kenntnis setzen. Das geschieht durch Zustellungsurkunde. In dem Schreiben heißt es: „Die Schulpflicht ist über das 14. Lebensjahr hinaus bis zum weiteren verlängert. Damit ist fast ausnahmslos gemeint, bis zum nächsten Entlassungstermin, also Verlängerung um 1/2 Jahr; aber sagen darf man das nicht, weil es nur eine gesetzliche Verlängerung um 1—2 Jahre gibt, die muß also ausgesprochen werden, man kann sie auch durchsetzen, aber will das gar nicht; denn, was das Kind nicht lernt, lernt Hans nimmermehr.“

Gegen die Verfügung des Schulleiters gibt es Berufung an die Regierung. Die kann, wenn die ihr vorgelegenen Gründe ausreichend erscheinen, eine vorzeitige Entlassung aus der Schule durch Verfügung genehmigen und hat es rücksichtsloserweise getan, wenn es sich begründen ließ.

Aber Eltern sollten es sich hundertmal überlegen, ehe sie ihren Kindern die Schulzeit verlängern; sie schädigen ihre Kinder damit und haben doch zumeist nur eine tragliche wirtschaftliche Hilfe in ihrer tatsächlichen Not. Eingaben an den Volkstag sind ganz und gar erfolglos, solange nicht die Regierung im einzelnen Falle eingeschritten hat.

Otto Peters, Abg.

Mangelhafte Verkehrsverbindung

im Fährbetriebe Mühlpeter—Trohl.

Grundrorte von Arbeitern müssen hier täglich übergeföhrt werden. Nun kommt es vor, daß am Nachmittag die Dampfmaschine nicht verkehrt, so auch wieder in der letzten Woche am 18. und 21. Oktober. Die Arbeiter sind dann gezwungen, in kleinen Privatbooten sich überföhren zu lassen, was bei dem großen Andrang und der Überfüllung der Boote lebensgefährlich ist. Oder die Arbeiter sind gezwungen, den weiten Umweg über die Breitenbachbrücke zu machen. Was dieser weite Umweg für diejenigen ausmacht, die in Langfuhr usw. wohnen, kann sich jeder lebhaft vorstellen. Abends liegen die Verhältnisse anders. Um 9 Uhr fährt die Pinnasse zum letzten Male. Wer nun in der Nachmittagsfähre arbeitet, oder zur Nachtschicht will, muß auch den weiten Weg über die Breitenbachbrücke machen.

Dieses sind unhaltbare Zustände. Es muß vom Senat verlangt werden, daß der Fährbetrieb nicht unterbrochen und daß die Fahrzeit verlängert wird, so daß die letzte Pinnasse um 10.30 Uhr vom Trohl abfährt. Für eine Fahrt muß 50 Pfennig bezahlt werden, und da kann von großen Unkosten bei dem äußerst starken Verkehr keine Rede sein. Jedenfalls kann der Danziger Steuerzahler vom Senat verlangen, daß in einer so belebten Gegend, die die Verkehrsverhältnisse dem großen Verkehr entsprechend eingerichtet werden.

Vertagung der Revision im Nordprozess Lenz. Der vom Schwurgericht wegen Mordes zum Tode verurteilte landwirtschaftliche Arbeiter Rudolf Lenz aus Wiesenthal hatte beim Obergericht Revision eingelegt. Die Revision wurde mit Formfehlern begründet. Das Obergericht hat die Revisionsgründe nicht für stichhaltig erklärt und die Revision verworfen. Das Todesurteil wird vollstreckt, wenn nicht der Senat eine Begnadigung erfolgen läßt.

Hans und Heinz Kirch.

Erzählung von Theodor Storm.

13) (Fortsetzung.)
Als dann der junge Ehemann zur Vorsicht mahnte, wußte Frau Lina sich auf einmal zu entsinnen, wie gleichgültig ihr der Bruder neulich an ihrer Mutter Grab erschienen sei; als ob er sich langweile, habe er mit beiden Armen sich über die Eisenstangen der Umfassung gelehnt und dabei seitwärts nach den anderen Gräbern hingestarrt; fast als ob, wie bei dem Vaterunser nach der Predigt, nur das Ende abgewartet werden müsse.

Beiden Eheleuten erschien jetzt auch das ganze Gebaren des Bruders noch um vieles ungeschickter als vordem; dies Eichenherwerkeln auf den Stühlen, diese Nichtachtung von Frau Linas Dielen. Heinz Kirch, das sagten alle, und den Eindruck bewahrte auch Frau Linas eigenes Gedächtnis, war ja ein seiner junger Mensch gewesen. Als beide dann dem Vater ihre Bedenken mitteilten, war es auch dem nichts Neues mehr; aber er hatte geschwiegen und schweigend auch jetzt; nur die Lippen drückte er fester aufeinander. Freilich, als er bald darauf seinen alten Pastor mit der Pfeife am Zaune seines Vorgartens stehen sah, konnte er doch nicht lassen, wie zufällig heranzutreten und so von weitem an ihm heranzuforschen.

„Ja, ja,“ meinte der alte Herr, „es war recht schicklich von dem Heinz, daß er seinen Besuch mir gleich am zweiten Tage gönnte.“ „Schuldigkeit, Herr Pastor,“ versetzte Kirch; „mag Ihnen aber auch wohl ergangen sein wie mir; es kostet Mühe, in diesem Durcheinander mit dem roten Bart den alten Heinz herauszufinden.“

Der Pastor nickte; sein Gesicht zeigte plötzlich den Ausdruck oratorischer Begeisterung. „Ja, mit dem Bart!“ wiederholte er nachdrücklich und fuhr mit der Hand, wie auf der Kanzel, vor sich hin. „Sie sagen es, Herr Nachbar; und wahrlich, seit dieser ungerliche Zierart Mode geworden, kann man die Knaben in den Junglingen nicht wiedererkennen, bevor man sie nicht selber sich bei Namen rufen hörte; das habe ich an meinen Passionären selbst erfahren! Da war der blonde Dithmarscher, dem ihr Heinz — er wollte ja so daruf vergessen haben — einmal den blutigen Donzettel unter die Nase schrie, der gleich wahrlich einen weißen Fiedel, da er von hier fortging; und als er nach Jahren in meine hässliche Kammer zu mir vortrat — ein Adve! Ich versichere Sie, Herr Nachbar, ein richtiger Adve! Wenn nicht die alten Schaffsungen zum

Blut noch standgehalten hätten, ich alter Mann hätte so den Lob senft davon haben können!“ Der Pastor sog ein paar Mal an seiner Pfeife und drückte sich das Samtkäppchen fester auf den weißen Kopf.

„Nun freilich,“ meinte Hans Kirch, denn er fühlte wohl, daß er ein Lieblingsthema wachgerufen habe, und suchte noch einmal wieder anzuknüpfen; „solche Signale wie ihr Dithmarscher hat mein Heinz nicht aufzuweisen.“

Aber der alte Herr ging wieder seinen eigenen Weg. „Bewahre!“ sagte er verächtlich und machte mit der Hand eine Bewegung, als ob er die Schaffsungen weit von sich in die Wälder werfe. „Ein Mann, ein ganzer Mann!“ Dann hob er den Zeigefinger und befahl schelmisch lächelnd eine Linie über Stirn und Auge; „auch eine Deformation hat er sich erworben; im Gesicht, Herr Nachbar, ich sage im Gesicht; gleich einem alten Studiosfuß! Zu meiner Zeit — Seelute und Studenten, das waren die freien Männer, wir standen allezeit beieinander!“

Hans Kirch schüttelte den Kopf. „Sie irren, Ehrwürdiger; mein Heinz war nur auf Rauffahrtsschiffen; im Sturm ein Holzpflöcker, eine stürzende Stange um wohl daselbst schon.“

„Erde experto! Traue dem Sachkundigen!“ rief der alte Herr und hob geheimnisvoll das linke Cheläppchen, hinter dem die schwachen Spuren einer Narbe sichtbar wurden. „Im Gesicht, Herr Nachbar; oh, wir haben auch pro patria geschlagen.“

Ein Nöcheln flog über das Gesicht des alten Ehemanns, das für einen Augenblick das starke Gebiß klopfte. „Ja, ja, Herr Pastor; freilich, er war kein Hafensfuß, mein Heinz!“

Aber der frohe Stolz, womit diese Worte hervortraten, verjagte schon wieder; das Bild seines kühnen Anabens verblühte vor dem des Mannes, der jetzt unter seinem Dache hauste.

Hans Kirch nahm kurzen Abschied; er gab es auf, es noch weiter mit der Geschwindigkeit des Reizenalters auszunehmen.

— Am Abend war Ball in der Garnison. Heinz wollte zu Hause bleiben; er passe nicht dahin; und die jungen Eheleute, die ihm auch nur wie beiläufig davon gesprochen hatten, waren damit einverstanden; denn Heinz, sie mochten darin nicht unrecht haben, war in dieser Gesellschaft für jetzt nicht wohl zu präferieren. Frau Lina wollte ebenfalls zu Hause bleiben; doch sie mußte dem Drängen ihres Mannes nachgeben; der einer neuen Wut für sie erhandelt hatte. Auch Hans Kirch ging zu seiner Partie Sechshundschöng; die innere Unruhe trieb ihn aus dem Hause. So blieb dem Heinz allein zurück. Als alle fort waren, kam er, die Hände in den

Taschen, am Fenster seiner dunklen Schlafkammer, das nach Osten auf die See hinausging. Es war unzweifelhaft Wetter, die Wolke jagten vor dem Mond; doch konnte er jenseit des Meeres in dem tieferen Wasser, die weißen Köpfe der Wellen schäumen sehen. Er starrte lange darauf hin; allmählich, als seine Augen sich gewöhnt hatten, bemerkte er auch drüben auf der Insel einen hellen Punkt; von dem Rauchturm konnte das nicht kommen; aber das große Dorf lag dort, wo, wie er hatte reden hören, heute Jahrmärkte war. Er öffnete das Fenster und lehnte sich hinaus; fast meinte er durch das Klatschen des Wassers die ferne Lärmstille zu hören, wie als wade es ihn plötzlich, schlug er das Fenster eilig zu und sprach, seine Hände vom Tischchen reichend, in den Fluss hinaus. „Es ist ebenso rasch der Haustür zugeht, frug die Magd ihn, ob sie mit dem Abschließen auf ihn warten solle; aber er schüttelte nur den Kopf, während er das Haus verließ.“

Kurze Zeit danach, beim Rufen der Schaffsungen für die Nacht betrat die Magd auch die von ihrem Gaste vorhin verlassene Kammer. Sie hatte ihr Käppchen auf dem Vorplatze gelassen und nur die Wasserflasche rasch hineingesetzt; alle aber draußen eben jetzt der Mond sein volles Licht durch den weißen Himmelstrahl ergoß, trat sie gleichfalls an das Fenster und blickte auf die wie mit Silber schaum gekrönten Wellen; bald aber waren es nicht mehr diese; ihre jungen weitreichenden Augen hatten ein Boot erkannt, das von einem eingetrennten Rame durch den sprühenden Gischt der Insel angetrieben wurde.

Wenn Hans Kirch über die jungen Eheleute in die Garnison gegangen waren, um dort näher Aufschlüsse über jenes unheimliche Verbrechen zu erhalten, so mußten sie sich getäuscht finden; niemand ließ auch nur ein andeutendes Wort darüber fallen, es war wieder wie kurz zuvor, als ob es niemals einen Heinz Kirch gegeben hätte.

Erst am anderen Morgen erfuhren sie, daß dieser am Abend nach ihnen fortgegangen und bis zur Stunde noch nicht wieder da sei; die Magd teilte auf Befragen ihre Vermutungen mit, die weit vom Ziele treffen mochten. Als dann endlich kurz vor Mittag der Verheiratete mit stark gerötetem Antlitz heimkehrte, wachte Hans Kirch, den er im Flur traf, ihn den Rücken und ging nach in seine Stube. Frau Lina, der er auf der Treppe begegnete, sah ihn vorwurfsvoll und fragend an; sie stand einen Augenblick, als ob sie sprechen wollte; aber — wer war dieser Mann? — Sie hatte sich besonnen und ging ihm flüchtig vorüber.

(Fortsetzung folgt.)

Die Lohnverhandlungen im Baugewerbe.

Am gestrigen Tage fanden zwischen dem Arbeitgeberverband und den Arbeiterorganisationen für das Baugewerbe Verhandlungen statt, die ergebnislos verliefen. Die Forderung der Arbeiter erklärten die Unternehmer, daß sie anerkennen, daß eine Verteuerung der Lebenshaltungskosten eingetreten sei. Sie können aber die Forderung der Arbeiter nicht als berechtigt anerkennen und würden bei ihrer Lohnzulage die in den letzten Tagen hauptsächlich für die Metallindustrie gefällten Schiedsprüche zur Grundlage nehmen. Dementsprechend lägen 6-8 Prozent und im äußersten Falle 10 Prozent Lohnzulage in Betracht. Dieses Angebot lehnten die Arbeiter einstimmig mit der Begründung ab, daß die Metallindustrie mit dem Baugewerbe gar nicht zu vergleichen sei, weil letzteres ein Saisongewerbe sei und darum auch die Beschäftigten in diesem Gewerbe anders zu entlohnen seien. Vergleiche man die Löhne in der Metallindustrie und im Baugewerbe in der Vorkriegszeit und in der jetzigen, so sei die Forderung der Arbeiter noch sehr gering und könne darum von dieser nichts abgesehen werden. Da eine Einigung nicht zu erzielen war, soll das Tarifamt über die Lohnzulage entscheiden. Dieses tritt heute nachmittags 2 Uhr unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektor Thibrecht zu Verhandlungen zusammen. Dieser hat vom Senat Material zur Beurteilung der Lebenshaltungskosten bekommen, das den Arbeiterorganisationen nicht bekannt ist. Wegen ein solches Verfahren wurde bereits bei den gestrigen Verhandlungen durch den Genossen Brill Protest eingelegt. Eine solche einseitige Orientierung läßt jeder Vermutung freien Spielraum. Das Tarifamt im Baugewerbe hat eine schwere Entscheidung zu fällen. Daß es sich durch die Reaktion und das Großkapital beeinflussen, so ist mit Bestimmtheit zu befürchten, daß für die freie Stadt Millionen verloren gehen und daß dem kranken und geschwächten Danziger Volk noch weitere kulturelle und hygienische Opfer auferlegt werden. Wird dagegen das Tarifamt die Begründung des Senats zur Erhöhung der Beamtengehälter zur Grundlage nehmen, wonach dem Senatspräsidenten sein Gehalt von 110 500 auf 130 000 Mark, also um 19 500 Mk., dem Landgerichtsdirektor, der den Vorsitz im Tarifamt führt, sein Gehalt auf Grund der zugenommenen Teuerung um 9800 Mark erhöht wurde, das ist fast soviel, wie ein Bauarbeiter das ganze Jahr verdient, dann wird dieses die Forderung der Arbeiter als berechtigt anerkennen und der Allgemeinheit werden Millionen erspart. Sonst müßte der Senat dem Volkstage, wie er jetzt von der Stadtverordnetenversammlung für den Kanalbauverbaue Antrags verlangt, mit einer Millionenmachforderung kommen.

Landwirte fördern unsere Arbeitslosigkeit.

Noch niemals haben sich die Verbraucher darüber beschwert, daß die Preise um den Betrag eines erhöhten Lohnes gestiegen sind. Sie konnten dies auch gar nicht, weil die Lohnverhöhung nicht etwa die Ursache der Preissteigerung war, sondern umgekehrt, weil erst die Preissteigerung kam und diese dann mit zwingender Notwendigkeit die Erhöhung des Lohnes nach sich zog. Das geht mit jeder unüberleglicher Klarheit auch daraus hervor, daß die Preissteigerung etwa das Doppelte, die Lohnsteigerung nur etwa das Fache beträgt. Auch die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse sind etwa um das 15 bis 20fache gestiegen. Wenn die Landwirte diesen erhöhten Preis in Anspruch nehmen, so gezieht es sich ganz und garnicht für sie, wenn sie nun etwa ihren Landarbeitern nicht einmal den tarifmäßigen Lohn zahlen wollen. Das ist nicht nur unangelegentlich, sondern auch sehr unbillig. Wenn der Lohn des Arbeiters gering bleibt, so wird damit die Kaufkraft des Verbrauchers niedrig gehalten und die Landwirte leiden dabei mit. Denn wenn schließlich die Verbraucher kein Geld haben, so können die Landwirte nichts erhalten.

Und doch läßt man manche Landwirte solche Lohnbrüdererei. Vor Gericht kommen hier Diebstahle zur Verhandlung, bei denen die Angeklagten sich darüber beklagen, daß sie auf dem Lande keine Arbeit gefunden haben, arbeitslos blieben und nun zum Stehlen gezwungen sein wollen. Die Landwirte lassen ausländische Arbeiter kommen, die unter dem Tariflohn arbeiten. Diese ausländischen Arbeiter können deshalb billiger arbeiten, weil sie den Mindestlohn durch die niedrige Valuta in Polen wieder herausziehen.

Wir wollen nicht die Gerechtigkeit und Vernunft derjenigen Landwirte, die dies tun, anrufen. Das würde wenig nützen. Hier liegt es größtenteils an einem falschen Interesse vor. Gegen diejenigen Landwirte, die als Lohnbrüder wirken, muß mit Anzeigen und Strafen vorgegangen werden. Wer unter dem Lohnsatz zahlt, muß empfindlich gestraft werden. Die Arbeiter müssen bemessbare Anzeigen machen und Sozial und Gericht müssen ihre Schuldigkeit tun. Geht dies nicht, dann werden die schlimmsten Folgen entstehen, sobald die Wirtschaftsgrenze mit Kommerzien gemittelt ist.

Bemerkenswert ist hierbei noch folgendes: Diese Landwirte sind sehr deutschnational bis auf die Knochen, so bald ihnen dies etwas einbringt, und andere zahlen. Hier wo sie einige Mark gewinnen können, lassen sie ihren deutschen Feind, der für sie gekämpft hat hungern und treiben ihn zum Diebstahl. Sie unterstützen den polnischen Ausländer, nur weil ihnen das einige Mark Gewinn bringt. Das ist echt deutschnational.

Der Eimermacherhof städtisches Eigentum. In der geheimen Sitzung der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde beschlossen, den sogenannten Eimermacherhof für 150 000 Mk. käuflich zu erwerben. Bisheriger Eigentümer war der Kaufmann Franz Grotzsch bestand die Gefahr, daß das Grundstück verfiel und dann einem Neubau Platz machen mußte. Das Haus stammt aus dem Jahre 1775 und ist ein Beispiel für die Anlage eines Mehrfamilienhauses in Preußen. Es enthält 24 Wohnungen mit Stube und Küche, die jede einen besonderen Eingang von der Straße aus hat. Durch den Verkauf der Stadtverordnetenversammlung wird ein Stück Alt-Danzig erhalten.

Verhängnisvolle Schieberei in der Tischlergasse. In dem Lokal „Friedrich Danzig“ in der Tischlergasse kam es am Sonnabend nachmittags um 5 Uhr zu einem Zusammenstoß zweier feindlicher Parteien, bei dem Revolver eine unheilvolle Rolle spielten. Anwesend ist ein alter Streit zwischen dem Richter Adolf Bukowski und dem Händler Otto Herbst ausgebrochen worden. Erstere sah den Herbst am Balken stehen, ging auf ihn zu und begann zu schreien. Der Angegriffene schrie ebenfalls. Auch andere Personen beteiligten sich an der Schieberei, so daß ein großer Au-

stand entstand. Drei Personen wurden verletzt. Der Tischler Max Granz, Gr. Konninggasse, erhielt einen Schuß in den Hals und zwei weitere Schüsse, seine Ehefrau einen Schuß in den linken Oberarm, und der Richter Adolf Bukowski einen Schuß in den Unterarm. Schußwunden verhäutet die Händler Herbst und ein Mädchen, das die Schusswunden beseitigt haben soll. Die Verwundeten wurden nach dem Städt. Krankenhaus gebracht, bei der Schwere der Verletzungen ist für alle drei Personen Lebensgefahr nicht ausgeschlossen.

Schiffwerke in unserer Niederung. Unsere Niederung steht bis zwei Meter unter dem Ostseespiegel und die höchste Erhebung in dem Bereich Hagen-Delta beträgt nur fünf Meter über dem Meerespiegel. Der Mitterorden hat mit Hilfe der Windkraft und durch Windmühlen die Niederung trocken gelegt. Diese unentgeltliche Windkraft ist immer mehr durch die Kohle verdrängt worden und neuerdings durch die elektrische Kraft. In der gestrigen Versammlung des Heimatbundes machte Reichsinspektor Mertram hierüber nähere Mitteilung und zeigte eine dieser alten Windmühlen im Lichtbild. Es wurde beschlossen, solche ein altes Schiffwerk anzukaufen und es der Stadt Danzig zum Geschenk zu machen, um es als Sehenswürdigkeit zu erhalten. — Wenn die Kohlenpreise so hoch bleiben, dann ist es fraglich, ob man nicht wieder an eine Vermehrung der Windkraft denken sollte.

„Ein armer Cassiope“. Ueber die Unregelmäßigkeiten in der Lagerhaltung des Schanzwirts Paul Kleps, Hotel „Norddeutscher Hof“, Stadtgraben 11, seinen Angestellten gegenüber, berichteten wir bereits. Wir erwähnten auch die Badereise dieses noblen Arbeitgebers. Am 21. d. Mts. wollte der zuständige Berichtsvollzieher in dieser Angelegenheit den Betrag von etwa 800 Mark einziehen, welches jedoch vergeblich war, und mußte der Geldschrank gepfändet werden, welcher am 4. nächsten Monats versteigert werden soll. Kaufstücker werden nach der Löptgasse 5-8 eingeladen.

Gesamt-Ballett-Gastspiel. Am kommenden Sonntag, den 30. Oktober, findet im Schauspielhaus ein einmaliges Gesamt-Ballett-Gastspiel des so schnell berühmt gewordenen Gen.-Reg.-Kammer-Balletts statt. — Die Prima Ballerina ist Gen.-Reg., die die deutsche Presse als die deutsche Pantomime bezeichnet. Eine eigene Bühnendekoration und feenhafte Kostüme, ferne eigene Begleitung tragen zu den großen Erfolgen des Balletts bei. Karten ab heute im Darmhaus, Langgasse.

Filmchau.

U. A. Schicksale. Der Film „Unter Alastar Arvadrielen“ führt die Zuschauer in die waldromantischen Waldregionen Alastars. Ein Vater hat die Hand seiner Tochter nach seinem Willen vergeben, findet aber Widerstand, da die Tochter einen anderen liebt. Durch ein unglückliches Verhängnis verliert die Tochter ihren Verlobten lebensgefährlich, ihr Geliebter löst von der rasenden Volksmenge gerettet werden. Puff ein Cheversprechen an ihre Verlobten wird der Geliebte gerettet. Am Hochzeitstage verunglückt der Verlobte und alles löst sich in Wohlgefallen auf. Gute Naturaufnahmen bilden den Hintergrund des Films. „Das Rätsel der Sphinx“ zeigt ein phantastisches Schauspiel, das den Zuschauer in die Wüste Afrikas zu der Sphinx führt.

Im Lichtbildtheater Langemark zeigt der Film „Der Roman der Christine von Ferre“ die deutsche Filmkunst von ihrer besten Seite. Das Werk zeigt Raumanschöpfungen aus der Biedermeierzeit von erlesenem Geschmack. Landschaftliche Bilder von hohem Reiz, Bauten im schlechten Barock machen den Film lebenswert und rahmen die Handlung lebensrecht ein. Die Handlung hinterläßt einen starken Eindruck. Von den Leistungen der Darsteller ist nur Gutes zu sagen.

Das Zentral-Theater warierte diesmal mit einem Singspiel „In einem kühlen Grunde“ auf. Zu einer einfachen, darum aber nicht weniger gefälligen Handlung, die sich im Rahmen stimmungsvoller Naturaufnahmen abspielt, ertönen unsere alten, trauten Volksweisen. Künstlerischer Gesang und geschulte Orchesterbegleitung sind mit dem Film harmonisch verbunden. Auf diesen Wegen wird man der Filmkunst gern folgen. Was dem Film an körperlicher Darstellung auf der Bühne fehlt, ersetzt er durch stets angepaßte, wechselvolle Szenarien. Das Publikum war von der Wiedergabe nach jeder Richtung befriedigt und applaudierte mehrfach. Ein Lustspiel „Der Zwangsmieter“ gibt heitere Bilder aus den Freuden und Leiden unserer Tage.

Aus den Gerichtssälen.

Wilde Streife für einen Röhling. Der Bäckermeister Julius Regelki in Danzig hatte sich vor dem Schöffengericht wegen Mißhandlung eines fremden Knaben zu verantworten. Sein Sohn hatte an dem neu verputzten und gestrichelten Hause die Farbe wieder abgestrichen. Die Kinder des Nachbarn erzählten dies dem Hausbesitzer. Darüber war der Angeklagte ergrimmt und er schlug sie. Einen 12jährigen schwächlichen Knaben stieß er mit dem Fuße eine Treppe hinunter, wobei der Knabe verletzt wurde. Das Gericht erkannte gegen den Angeklagten auf 300 Mk. Geldstrafe wegen gefährlicher Körperverletzung.

Diebstahl wegen Arbeitslosigkeit. Vor der Strafkammer hatten sich die Arbeiter Joh. F. Fr. Sch. und Fr. Fr. aus Gr. Lichtenan und Simonendorf zu verantworten. Die beiden ersten Angeklagten brachen in einen Schuppen der Großhandelsfirma in Simonendorf ein und nahen hier Stoffe und Schuhe im Werte von 6400 Mk. Sie gaben an, auf dem Lande keine Arbeit gefunden zu haben, da die Arbeitgeber die ausländischen polnischen Arbeiter bevorzugen, die unter dem Lohnsatz arbeiten. Aus diesem Grunde haben sie den Diebstahl verübt, da sie sich ernähren mußten. Die beiden letzten Angeklagten erhielten einen geringen Teil dieser Ware und wurden deshalb wegen Diebstahls angeklagt. Das Gericht verurteilte F. und S. wegen Diebstahls zu je 1 Jahr Gefängnis. Die anderen beiden Angeklagten wurden wegen Diebstahls zu je 2 Wochen Gefängnis verurteilt. — Das Gebaren vieler landlicher Befehrer verdient scharfe Verurteilung. In Versammlungen usw. reden sie mit hochtönenden Worten von der Erhaltung des Deutschtums und leisten trotzdem durch die Beschäftigung der Ausländer um schänden Namen zu willen der Polonisierung des Freistaates Vorkauf. Deutsche Arbeiter treibt die Not zu Verzweiflungstaten und sie wandern dann ins Gefängnis.

Aus dem Osten.

Reisüberfall. Auf dem Bahnhof Obergruppe wurden zwei auf die Ankunft eines Zuges wartende Schwedinnen aus Romby von drei in Soldatenuniform ohne Abzeichen gekleideten Banditen überfallen und ihres Geldes, der Lebensmittel usw. beraubt; sogar der Bekleidung fehlte sie sich zunächst entledigen, woyu es aber, da dies einem der Epizyben doch zu weit ging und er dies Vorhaben verhierte, glücklicherweise nicht kam. Bisher sind die beiden Räuber unentdeckt geblieben.

Stadtvorordnetenwahlen in Krone a. St. Wie mitgeteilt wird, ist über die Kandidatenliste für die Stadtvorordnetenwahlen zwischen den Vertretern der hiesigen polnischen Partei und Partei eine Einigung zustande gekommen. Den Deutschen wurden zwei Sitze eingeräumt. Da eine weitere Liste nicht aufgestellt wurde, findet die Wahl nicht statt. Die Stadtvorordnetenversammlung wird sich aus 10 Polen und zwei Deutschen zusammensetzen. Zur Zeit der preussischen Herrschaft waren 10 Deutsche und sechs Polen in die Versammlung gewählt.

Einen wertvollen Fund machte ein Reisegast in der Nähe von Meseritz. In einer durch den Eis eines Herdes entstandenen Vertiefung sah er mehrere Münzen von der Größe eines 20-Mark-Stückes liegen, die mit Schmutz bedeckt waren. Er hob sie auf und unterzog sie zu Hause einer oberflächlichen Reinigung, wobei ihn alsbald goldener Glanz entgegenblitzte. Ein nochmaliges Suchen förderte noch 8 Stück der edlen Münzen zutage, so daß zusammen 38 dem glücklichen Finder gehörten. Die Vorderansicht der gut erhaltenen Dukaten zeigt einen mit der Lanze bewaffneten Ritter mit der Aufschrift „Reg. 1590 Sabislaus“. Dem glücklichen Finder sind zugleich für ein Stück 500 Mk. gezahlt worden.

Bermischtes.

Leben auf dem Mond. Aufsehen erregende Mitteilungen über die Ergebnisse seiner zweijährigen Mondforschungen, über die bereits kurz berichtet wurde, macht der berühmte Astronom der Harvard-Universität Professor William Pickering in einem Aufsatz von „Popular Astronomy“. Er glaubt durch seine Beobachtungen die bisherige Annahme widerlegt zu haben, daß der Mond tot ist und nicht auf der Oberfläche lebt. Er ist vielmehr davon überzeugt, daß oft Anzeichen auf der Oberfläche dieses Planeten erscheinen, die sich nur als Vegetationsgebiete erklären lassen. Seine Behauptung stützt er auf eine Reihe von teleskopischen Photographien, die einen Krater darstellen. Aus diesen Hunderten von Photographien soll sich das plötzliche Ausschließen weiter Pflanzenfelder erkennen lassen, die mit einer ebenso erstaunlichen Schwindigkeit zur Blüte gelangen und in einer Höchstperiode von 11 Tagen verschwinden. Nach Pickering's Auffassung ist in den Kratern, mit denen die Oberfläche des Mondes besetzt ist, Wasser und ein Gihaborrat, der sich in dem Guffehen von Rauch äußert. Wenn es auf dem Monde „Tag“ wird, d. h. wenn er von der Sonne beschienen wird, was eine Zeit von 14 unserer Tage andauert, so erwärmen die Sonnenstrahlen die Oberfläche des Mondes außerordentlich rasch und rufen ein pilg-artiges Wachstum in den Kraterfeldern hervor. Die Photographien sollen auch zeigen, daß große Schneefelder und vulkanische Ausbrüche auf dem Monde häufig sind. „Wir finden“, sagt Pickering, „eine lebende Welt gleichsam dicht vor dem Tore unserer Erde, und zwar ist es ein Leben, das in mancher Hinsicht dem auf dem Mars ähnlich sein muß. Dies Leben ist freilich von dem auf unserer Erde ganz verschieden.“

Steigende Bautätigkeit. Auf dem deutschen Baumarkt herrscht wieder reges Leben. Die Neubauten sind zu einem sehr großen Teil industrielle Bauten, aber auch der Wohnungsbau hat von Monat zu Monat in stärkerem Maße zu der Belebung des Baumarktes beigetragen. Nach den jetzt veröffentlichten Angaben über die Bautätigkeit in deutschen Großstädten sind in 35 der belebtesten Großstädte im zweiten Vierteljahr 1921 1399 neue Wohngebäude und 4569 neue Wohnungen hergestellt worden. In dem gleichen Vierteljahr 1919 waren die entsprechenden Ziffern nur 288 und 1821. Im zweiten Vierteljahr 1921 sind also fast fünfmal so viel Wohngebäude und über 2½ mal so viel Wohnungen hergestellt worden, als im gleichen Zeitabschnitt 1919. Sehr bemerkenswert ist, daß der Anteil der gemeinnützigen Baugesellschaften an der Herstellung von Wohngebäuden unaußerordentlich im Steigen ist. Von den Wohngebäuden, die im letzten zweiten Vierteljahr neu hergestellt sind, sind 1210, also 86,5 Prozent allein der gemeinnützigen Baugesellschaft zu verdanken.

Die Affäre des Kommunisten Rozenblum. Ein politischer Radikal gegen einen Verräter lag einem Mordprozeß zugrunde, der vor dem Schwurgericht des Landgerichts I verhandelt wurde. Wegen Mordes an dem politischen Agenten Theodor Rozenblum, genannt „Theodor Körner“, war der aus Witebst gebürtige Schuhmacher Chaim Buchwalter angeklagt. Der Ermordete war erst im März 1920 nach Berlin gekommen und wohnte zu jener Zeit unter dem Namen Körner bei einer Frau Grünner, wo er den Besuch zahlreicher Polen, unter anderem auch des Angeklagten Buchwalter empfing. Als Rozenblum am 23. Februar in seine Wohnung kam, erschien bald darauf der jetzige Angeklagte Buchwalter. Die Unterhaltung wurde erst in ruhigem Ton geführt, plötzlich vernahm Frau Grünner einen gellenden Ausschrei. Sie stieß in das Zimmer und sah hier, wie der Angeklagte wie rasend mit einem Dolch auf Rozenblum einstach, so daß der Tod eintrat. In seiner ersten Vernehmung hatte der Angeklagte offen zugegeben, die Tat mit vollster Ueberlegung ausgeführt zu haben. Später behauptete er allerdings, daß er mit Rozenblum, als er ihm Vorhaltungen über sein verräterisches Verhalten gemacht habe, im Streit geraten sei und dann in der Erregung auf ihn eingestochen habe. Wegen Körperverletzung mit Todeserfolg wurde Buchwalter zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt.

Vagabundierende Schiffstrümmer. Nach der offiziellen Statistik des hydrographischen Amtes der Vereinigten Staaten erleiden alljährlich im Nordatlantik durchschnittlich acht Schiffe Havarie durch Zusammenstoß mit im Fahrwasser treibenden Wracks, den schwimmenden Ueberresten verunglückter Schiffe. Durchschnittlich treiben in diesem Teil des Ozeans nicht weniger als dreißig Wracks, die die Schifffahrt gefährden. Die gefährlichsten dieser vagabundierenden Schiffstrümmer sind jene, die bis auf die Wasseroberfläche heruntergebrannt sind. Verüchtigt war in dieser Beziehung besonders das Wrack des norwegischen Schoners „Laurus“, das achtzehnmal gesichtet worden war, ehe es gelang, den treibenden Schiffsrumpf durch Geschloßfeuer zu zerstören und zum Sinken zu bringen. Noch kurz vorher waren zwei Schiffe mit dem Wrack des „Laurus“ zusammengestoßen, wobei es indessen noch glimpflich abgegangen war.

Sieber Simplicitas! Teilen Sie, bitte, Ihren Beseren zur Warnung mit, was meiner Frau passiert ist. Sie hat diesen Sommer hundert Eier zusammengebracht. Die wollte sie einzelfressen. Neben und wird gebaut. Bei Nacht holte sie sich heimlich Kalk vom Bau, rührte ihn in einem großen Topf mit Wasser an und legte die Eier hinein. Heute wollte sie Rührer machen. Da ist der ganze Topf ein einziger Stein, so hart wie Granit. Sie hatte keinen Erfolg.

